



ANHÖ- NÉMET NYELVŰ HETI HÍRÖSSZEFOGLALÓ

32. hét

2019.08.05.

ZUSAMMENFASSUNG

Ungarische Innenpolitik – *In Ferencváros entstand eine Pattsituation zwischen den Oppositionsparteien:*

Die Führer einzelner Parteien möchten in der Hauptstadt beziehungsweise in einem ihrer Stadtbezirke eine weitere Runde von Vorwahlen abhalten. Die Opposition im Stadtteil Ferencváros sieht sich jedoch außerstande, die Bedingungen für das Antreten abzustimmen. Deshalb ist im Moment nicht auszuschließen, dass nach dem Stichtag vom 9. September zwei Oppositionspolitiker verbleiben werden, die sich gegeneinander um das Amt des Bürgermeisters im Stadtbezirk bemühen.

Wirtschaftspolitik – *Die Regierung reagiert mit Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft auf die Anzeichen der Krise:*

Die ersten Anzeichen der aktuell für Herbst 2020 erwarteten Wirtschaftskrise sind in der Eurozone bereits zu erkennen und werden durch die Daten einer abflauenden Konjunktur untermauert. Die ungarische Regierung bereitet sich mit Maßnahmen zur Stimulierung und Rationalisierung der Wirtschaft angepasst an die bisherigen strategischen Zielstellungen auf die nahende Rezession vor.

Außenpolitik, Außenwirtschaft – *Viktor Orbán und Ursula von der Leyen verhandelten in Brüssel:*

Mehrere Experten und Medien halten es für ein wichtiges Zeichen, dass die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission den ungarischen Ministerpräsidenten am vergangenen Donnerstag als einen der ersten Staats- und Regierungschefs empfing. Ursula von der Leyen traf sich zunächst mit maßgeblichen Politikern der Region Mitteleuropas, wobei ihre Verhandlungen mit den Ministerpräsidenten der Visegrád-Staaten ausgesprochen gut verliefen.

Nachrichten, die Beachtung verdienen – *Fidesz-KDNP führen mit vierzig Prozentpunkten Vorsprung:*

Seit den Wahlen zum Europaparlament führen Fidesz-KDNP mit einem Vorsprung von vierzig Prozentpunkten vor der Opposition, die Popularität der Regierungsparteien liegt unverändert oberhalb von 50 Prozent. Der Kreis an Sympathisanten der Oppositionsparteien fällt demgegenüber kleiner aus: Im virtuellen Wettbewerb um den zweiten Platz gibt es ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der DK und der Momentum-Bewegung.

UNGARISCHE INNENPOLITIK

IN FERENCVÁROS HAT SICH EINE PATTSITUATION ZWISCHEN DEN OPPOSITIONSPARTEIEN HERAUSGEBILDET

Staatspräsident János Áder hat den Zeitpunkt zum Abhalten der diesjährigen Kommunalwahlen auf den 13. Oktober festgesetzt. Somit müssen alle Kandidaten und solche aufstellenden Organisationen bis spätestens zum 9. September entscheiden, wen sie in den jeweiligen Wahlkreisen nominieren wollen. Die Kandidaten der Regierungsparteien sind nahezu in allen Städten und Gemeinden gefunden, wohingegen sich die Opposition weiterhin vor allem um Budapest streitet.

In der Hauptstadt ist der Zusammenschluss der Opposition hinsichtlich der Kommunalwahlen im Herbst an mehreren Stellen ins Stocken geraten. Im Stadtteil Ferencváros sollte im Sinne einer früher getroffenen Vereinbarung eine Vorwahl über die Person des gemeinsamen Kandidaten entscheiden, doch nicht einmal der Zeitpunkt für die organisierte Abstimmung steht fest. Früher wurde die erste Augustwoche für die Abwicklung vorgegeben, gegenwärtig lässt sich aber nicht sagen, wann es tatsächlich zu der Vorwahl kommt. Die als unabhängige Kandidatin antretende, im Übrigen jedoch durch die LMP, die Satirepartei des zweisechwänzigen Hundes und zahlreiche kleinere örtliche Organisationen unterstützte Krisztina Baranyi legte nämlich ihr Veto gegen die vorgegebenen Bedingungen für die Vorwahl ein. Der Grund dafür war, dass die übrigen am Zusammenschluss in diesem Stadtbezirk der Hauptstadt beteiligten Oppositionsparteien die weiteren Positionen in einer Weise untereinander aufteilten, dass Baranyi davon nicht unterrichtet wurde, so dass sie nicht einmal weiß, wer im Falle ihrer Wahl ihr Vizebürgermeister wäre. Konkurrentin von Baranyi um die Kandidatur der Opposition für das Amt des Bürgermeisters im Stadtbezirk ist Andrea Jancsó, die zur Vorwahl mit Unterstützung durch die Momentum-Bewegung, die MSZP-P, die Jobbik und die DK antreten dürfte. Sie unterbreitete wiederum den Vorschlag, sofern sie bei der Vorwahl die Oberhand behalten sollte, Krisztina Baranyi zu ihrer Vizebürgermeisterin im Kampf gegen Korruption zu machen. Die Lage wird tatsächlich dadurch erschwert, dass nicht nur in Ferencváros, sondern an zahlreichen weiteren Orten immer wieder herauskommt: Die Zusammenarbeit der Opposition steht auf wackligen Füßen, zumal die schwache Position von Spitzenkandidat Gergely Karácsony in Budapest nicht geeignet ist, diese Verhandlungen schnellstmöglich zu beenden. Auf die politische Verunsicherung von Seiten Gergely Karácsonys reagiert Oberbürgermeister István Tarlós

systematisch mit fachpolitischen Maßnahmen. So wird im Zuge modifizierter Rechtsnormen im Zeitraum zwischen Mitternacht und morgens um fünf Uhr, also in der Phase des Tiefschlafs, ein komplettes Flugverbot über Budapest verhängt, so dass am Flughafen „Ferenc Liszt“ planmäßig keine Flugzeuge mehr starten oder landen dürfen. In Verbindung mit dieser veränderten Rechtsnorm wird voraussichtlich noch im September eine Strafgebühr von maximal 1.000 Euro für die Lärmbelastung eingeführt, wobei die Höhe der Geldbuße vom Lärm des betreffenden Flugzeugs abhängt. Die Summe der auf diese Weise eingesammelten Geldbußen erfasst der Flughafenbetreiber Budapest Airport in einem Sonderfonds, dessen Geld auf dem Wege von Ausschreibungen zur Schalldämmung der Wohnhäuser im Umfeld eingesetzt wird.

UNGARISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK

REGIERUNG REAGIERT MIT MASSNAHMEN ZUR STIMULIERUNG DER WIRTSCHAFT AUF KRISEANZEICHEN

Die ersten Anzeichen der aktuell für Herbst 2020 erwarteten Wirtschaftskrise sind in der Eurozone bereits zu erkennen und werden durch die Daten einer abflauenden Konjunktur untermauert. Die ungarische Regierung bereitet sich mit Maßnahmen zur Stimulierung und Rationalisierung der Wirtschaft angepasst an die bisherigen strategischen Zielstellungen auf die nahende Rezession vor.

Laut einem ING-Bericht erklärte sich das erstaunlich gute Wirtschaftswachstum der Eurozone für das I. Quartal ausschließlich aus einmaligen Faktoren, wohingegen die Konjunktur im II. Quartal bereits schwächer ausfällt. Im I. Quartal legte die Wirtschaftsleistung gegenüber dem IV. Quartal 2018 noch um 0,4 Prozent zu, im II. Quartal aber kamen im Vergleich zum Zeitraum Januar-März gerade noch 0,2 Prozent Wachstum zusammen. Analysten gehen davon aus, dass im III. Quartal ein ähnlich schwaches Ergebnis zustande kommen wird, beziehungsweise dass in Deutschland, das als Wirtschaftsmotor der Europäischen Union angesehen wird, kein Aufschwung der Wirtschaftsleistung erwartet werden darf. Wenngleich die Aussichten für das ungarische Wirtschaftswachstum in diesem Jahr auf der Grundlage der bekannten Daten und Prognosen besser als in Westeuropa ausfallen, bereitet sich die ungarische Regierung doch mit konsequenten Maßnahmen zur Stimulierung und Rationalisierung der Wirtschaft auf die Auswirkungen einer ins Haus stehenden Rezession vor. Dazu gehören weitere 3,5 Milliarden Forint an Zuwendungen für die Unternehmen, aus denen

Mikrofirmen, Klein- und mittelständische Unternehmen 1.500 neue Arbeitsplätze schaffen, die Wettbewerbsfähigkeit der KMU-Sphäre stärken und die noch vorhandenen Arbeitsmarktreserven aktivieren sollen. In die gleiche Richtung zeigt jener Plan des Finanzministeriums, mit dem Steuersenkungen im Volumen von 500 Milliarden Forint für die nächsten anderthalb Jahre vorgesehen sind. Als Teil dieses Pakets werden unter anderem die Institution der Steuervorauszahlung gestrichen und die Steuervergünstigungen auf Entwicklungsmaßnahmen ausgeweitet. Der Steuersatz der Werbesteuer sinkt ab 1. Juli von 7,5 auf 0 Prozent und soll den Plänen zufolge bis zum 31. Dezember 2022 auf diesem Niveau verbleiben, was nahezu 500 Unternehmen betrifft. Der Steuersatz der Sozialabgaben sinkt ab 1. Juli von 19,5 auf 17,5 Prozent, der Steuersatz der Steuer für Kleinunternehmen, KIVA, ab 1. Januar von 13 auf 12 Prozent, was wiederum 40.000 Unternehmen betrifft. Die für ein Leben lang gewährte Einkommensteuerbefreiung für Mütter von vier Kindern bietet rund 40.000 Frauen die Gelegenheit, Vergünstigungen von insgesamt 22 Milliarden Forint im Jahr in Anspruch zu nehmen.

AUSSENPOLITIK UND AUSSENWIRTSCHAFT

VIKTOR ORBÁN STIMMTE SICH MIT URSULA VON DER LEYEN IN BRÜSSEL AB

Anfang August traf die designierte Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, erstmals formell mit Ministerpräsident Viktor Orbán zusammen. Im Anschluss an die Verhandlungen unter vier Augen äußerte sich der ungarische Regierungschef positiv über das konstruktive, mehrere Themen streifende Gespräch sowie über die Person von der Leyens. „Es war eine gute Entscheidung, die ideologischen Guerillas fernzuhalten und pragmatische Politiker mit Lebensinstinkt an die Spitze der EU-Institutionen zu wählen“, erklärte der Ministerpräsident.

Das Treffen zwischen Ursula von der Leyen und Viktor Orbán belegte, dass hier politische Führer ihre Positionen abstimmten, die pragmatisch und vernünftig an die Probleme herangehen und vielfältigste Interessen in der Europäischen Union identifizieren können. Ursula von der Leyen möchte als Präsidentin der Europäischen Kommission, Viktor Orbán wiederum als Ministerpräsident die Zukunft des eigenen Landes und der EU sicherstellen, wofür die sich in der Migrationsfrage annähernden Standpunkte, die Anerkennung der Bedeutung des Grenzschutzes sowie die ähnliche Bestimmung der künftigen Rolle der EU-Kommission eine gute Basis bilden. Viktor Orbán meinte, die

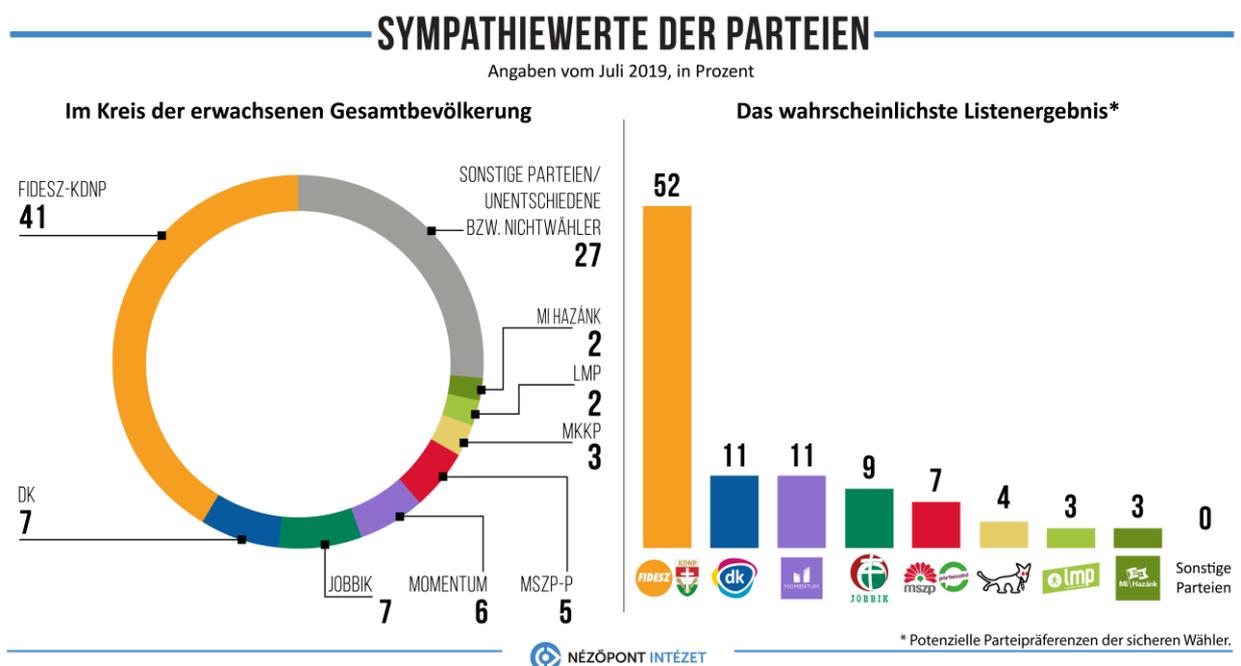
konservative Mutter von sieben Kindern sei eine Politikerin, in deren Zukunftsvisionen sich die gleichen Bilder abzeichnen, wie in den Visionen der ungarischen Regierung. Als gemeinsamen Ausgangspunkt benannte er die Politik zum Schutz und zur Förderung von Kindern und Familien, die Aufstellung einer gemeinsamen europäischen Streitmacht sowie die Entwicklung der Militärindustrie. Der Ministerpräsident hat den Eindruck, dass Ursula von der Leyen in mehreren Fragen imstande ist, mit dem Kopf der Mitteleuropäer zu denken. Die Präsidentin der Europäischen Kommission brachte in mehreren Interviews für führende deutsche Zeitungen zum Ausdruck, die Migrationsfrage zurück an den Verhandlungstisch zu bringen und dabei eine neue Herangehensweise auszugestalten, was die Rollen der einzelnen Mitgliedstaaten anbelangt. Dabei sprach Ursula von der Leyen nicht von einem Aufzwingen von Quoten, sondern von freiwillig übernommenen Aufgaben. Die Politikerin vertritt die Auffassung, dass es zu nichts führt, mit Strafen zu drohen und auf einzelne Länder mit dem Finger zu zeigen. Viktor Orbán erklärte, die Kommissionspräsidentin wolle nicht die alten Debatten fortsetzen, sondern suche Lösungen für Themen von zentraler Bedeutung, wie beispielsweise den Grenzschutz. Einigkeit bestand bei dem Treffen auch dahingehend, dass sich die Migranten während der Untersuchung ihres Asylantrags nicht frei auf dem Kontinent bewegen dürften. Was die Zielstellungen zum Klimaschutz anbelangt, vertritt der Ministerpräsident den Standpunkt, dass es eines gemeinsamen europäischen Ziels bedarf, wobei jedes einzelne Land aber nur so viel an Verpflichtungen übernehmen sollte, wie es auch erfüllen könne. Dazu betonte er, Ungarn befinde sich auf einem guten Weg, um bis 2030 zu erreichen, dass 90% seiner Energie aus klimaneutralen Quellen gewonnen werden. Dazu stünden alle Pläne und Finanzen zur Verfügung. Während der Verhandlungen wurde auch die Frage des ungarischen Kandidaten für die EU-Kommission angesprochen.

NACHRICHTEN, DIE BEACHTUNG VERDIENEN

FIDESZ-KDNP FÜHREN MIT VIERZIG PROZENTPUNKTEN VORSPRUNG

Aus der jüngsten Meinungsforschung des Nézőpont-Instituts unter persönlicher Befragung von 5.000 Personen geht hervor, dass die Regierungsparteien sowohl im Kreis der Gesamtbevölkerung als auch der ihre Teilnahme an der Wahl sicher zusagenden Wähler stabil in Führung liegen. Die Regierungskoalition besitzt eine Unterstützung von 41 Prozent aller Wahlberechtigten und würde bei

Wahlen am kommenden Sonntag über die Landesliste 52 Prozent der Mandate erringen. Das aber bedeutet, dass die Sympathisanten des Regierungslagers auch im Zeitraum seit den Europawahlen aktiv geblieben sind, denn der Kreis der Unterstützer des Regierungskurses ist nicht kleiner geworden. Anders sieht es im Falle jener politischen Kräfte aus, die zum Oppositionslager gehören. Dort stellt sich die Lage nämlich sowohl mit Blick auf die erwachsene Gesamtbevölkerung als auch die wahrscheinlichsten Ergebnisse der Landeslisten ausgeglichen dar. Im Falle der Ungarn im wahlberechtigten Alter besitzen alle Oppositionsparteien nur einstellige Sympathiewerte: die DK und die Jobbik stehen jeweils bei 7 Prozent, die Momentum-Bewegung bei 6 Prozent und das Linksbündnis MSZP-P bei 5 Prozent. Im Kreis der sicheren Wähler hat sich gegenüber früheren Umfrageergebnissen verändert, dass die Momentum-Bewegung die DK an der Spitze abfangen konnte; demnach kann die Partei von Ex-Ministerpräsident Ferenc Gyurcsány vorläufig nicht zur dominanten und stärksten Oppositionskraft avancieren. Hinter den jeweils 11 Prozent für DK und Momentum-Bewegung fällt die Jobbik (mit 9 Prozent) um zwei Prozentpunkte zurück, was auf ein Wählerlager mit schwacher Aktivität verweist. MSZP-P stehen bei 7 Prozent, während drei weitere Formationen nicht einmal jene 5 Prozent Unterstützung im Kreis der sicheren Wähler aufweisen können, die als Sperrklausel für das Erwerben eines Mandats gelten: die ohne weibliche Co-Vorsitzende gebliebene LMP (mit 3 Prozent), die rechtsradikale Mi Hazánk (mit 3 Prozent) und die Satirepartei MKKP (mit 4 Prozent).



PROGNOSE

- Sowohl die ungarischen als auch die deutschen Leitmedien teilten mit, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel nach Sopron reist und aus Anlass des dreißigsten Jubiläums des Paneuropäischen Picknicks mit Viktor Orbán zusammentreffen wird.

Viktor Orbán hatte die Bundeskanzlerin eingeladen, gemeinsam das 30. Jubiläum des Paneuropäischen Picknicks zu feiern, das symbolisch für das Ende des sozialistischen Blocks und des „Eisernen Vorhangs“ steht. Die ungarischen Nachrichtenagenturen meldeten am vergangenen Mittwoch, der ungarische Ministerpräsident habe die deutsche Bundeskanzlerin nach Sopron eingeladen. Dort werden die beiden führenden Politiker gemeinsam mit geladenen ungarischen und deutschen Gästen des am 19.8.1989 abgehaltenen Paneuropäischen Picknicks gedenken. Der Ablaufplan sieht vor, dass die Bundeskanzlerin und der Ministerpräsident zusammen mit weiteren geladenen deutschen und ungarischen Gästen an einem Ökumenischen Gottesdienst in der Evangelischen Kirche der Innenstadt von Sopron teilnehmen, wo sowohl Angela Merkel als auch Viktor Orbán Reden in Verbindung mit dem historischen Ereignis halten werden. Während der Veranstaltung, die vor dreißig Jahren an der Grenze Ungarns zu Österreich abgehalten wurde, gelang es binnen drei Stunden mehr als 600 Ostdeutschen, nach Österreich zu fliehen. Das Picknick wurde durch die damalige ungarische Opposition und die Paneuropa-Union organisiert, deren Präsident der letzte österreichische Thronfolger Otto von Habsburg war. Die offene Grenze und die Massenflucht von Bürgern der damaligen DDR führte zum Fall der Mauer zwischen Ost- und West-Berlin und zur deutschen Wiedervereinigung.